

Beschluss des Landrats vom 09.05.2019

Nr. 2630

21. Bodenbesitz im Kanton BL 2018/919; Protokoll: ps, pw

Jan Kirchmayr (SP) beantragt die Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

Jan Kirchmayr (SP) dankt für Beantwortung der Fragen. Es sei wohl umständlich und teilweise gar unmöglich herauszufinden, wie viel Land sich im Besitz der Gemeinden befindet. Grundsätzlich sollte der Kanton eine aktive Bodenpolitik betreiben, nicht nur im Kontext von Arealentwicklungen für Unternehmungen. Er sollte Land aufkaufen und für genossenschaftliche Wohnbauten im Baurecht abgeben. Während gewisse Gemeinden vor fünf bis zehn Jahren ihr Land «verscherbelt» haben, um attraktive Rechnungsabschlüsse zu erzielen, schwenken sie nun um. Dies stösst nicht nur in linken Kreisen auf Kritik: Vorletztes Wochenende konnte man in der Zeitung lesen, dass auch freisinnige Gemeindepräsidenten erkennen, dass der Verkauf des eigenen Lands ein Fehler war, weil nun keine strategische Entwicklung mehr möglich ist. Es kann kein bezahlbarer Wohnraum realisiert werden. In Binningen und Pratteln wurden Initiativen lanciert, die wollen, dass die Gemeinden aktive Bodenpolitik betreiben. Der Landwert steigt – auch in den Rechnungsbüchern. Es ist zu hoffen, dass der Kanton umschwenkt und auch Land aufkauft.

Rolf Blatter (FDP) glaubt nicht, dass es im Sinn und Interesse der öffentlichen Hand sei, im Immobilienmarkt mitzuspielen und Wohnungen anzubieten. Ein Hinweis. Im Text der Interpellation steht, die Mieten seien seit 2000 um 50 % gestiegen. Dies ist tendenziös; gemäss Statistik des BFS sieht man, dass die Steigerung der Mietkosten 26 % beträgt.

Jan Kirchmayr (SP) verweist auf die Angabe in der Fussnote, woher die Zahl stamme. Darüber kann man diskutieren. Eine Durchmischung der Bevölkerung ist im Interesse der Gemeinden. Lässt man nur den Markt spielen, gibt es Quartierplanungen mit Wohnungen ab CHF 2000.– aufwärts, die sich auch eine normale Familie nicht mehr leisten kann. Wollen Gemeinden noch Familien, für die sie in die Infrastruktur investieren müssen, oder nur noch «double incomes, no kids», die Steuereinnahmen bringen?

Markus Meier (SVP) wundert sich nicht über das Ansinnen, das Wohnen teilweise zu verstaatlichen. Auch auf eidgenössischer Ebene laufen Bestrebungen. Nächstes Jahr wird über die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» abgestimmt werden, welche eine fixe Quote für den günstigen Wohnungsbau einführen will. Es ist nicht per se günstig, wenn die öffentliche Hand baut, sondern nur dann, wenn öffentliche Gelder dafür eingesetzt und der Wohnbau aus den allgemeinen Mitteln bezuschusst wird. Der Redner ist der Ansicht, dass Wohnungsbau nicht Staatsangelegenheit ist. Der Referenzzinssatz ist in den letzten Jahren ständig gesunken. Es ist zu unterscheiden zwischen Angebotsmieten und Bestandesmieten, dann sieht die Fragestellung auch noch einmal anders aus. Da Familien, d.h. Ehepaare mit Kindern, nur noch 28 % der gesamten Haushalte ausmachen und es ansonsten Einpersonenhaushalte oder andere Wohnformen sind, findet der Redner es problematisch, um die Familien zu werben.

Marc Schinzel (FDP) verweist darauf, dass es sich bei den erwähnten Initiativen in den Gemeinden um SP-Initiativen handle. Die FDP wird nicht diese Linie fahren. Mit den Initiativen wird der Zustand «betoniert». Dies führt dazu, dass die Gemeinde auf Boden sitzen bleibt, den sie nicht

dann abgeben kann, wenn sie Geld für Investitionen braucht. Das dient der Entwicklung der Gemeinden nicht.

Stefan Zemp (SP) sagt, es gehe weniger darum, dass die Gemeinden Wohnbauentwicklungen machen sollten, um damit auf den Markt zu gehen. Es geht eher darum, dass die Gemeinden eine Möglichkeit haben, eigene Ressourcen zu haben, um beispielsweise Sozialhilfebeziehende günstig in eigenen Wohnungen unterbringen zu können. Der Hase läuft heute jedoch eher so, dass die Privaten die Mieten hochhalten und die öffentliche Hand diese dann finanziert.

://: Die Interpellation ist erledigt.
